

Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820

Herausgegeben von
Rolf Reichardt und Eberhard Schmitt
in Verbindung mit
Gerd van den Heuvel und Anette Höfer

Heft 10

Féodalité, Féodal Gerd van den Heuvel

ParlementsMichael Wagner

R. Oldenbourg Verlag München 1988

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Das Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820 erscheint als Band 10 der Reihe Ancien Régime, Aufklärung und Revolution (hrsg. von Rolf Reichardt und Eberhard Schmitt).

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich: 1680–1820 / hrsg. von Rolf

Reichardt u. Eberhard Schmitt in Verbindung mit Gerd van den Heuvel u. Anette Höfer. –

München: Oldenbourg

(Ancien régime, Aufklärung und Revolution;

Bd. 10)

Literaturangaben

NE: Reichardt, Rolf [Hrsg.]; GT

H. 10. Féodalité / Gerd van den Heuvel. Parlements / Michael Wagner. 1988

ISBN 3-486-54461-6

NE: Heuvel, Gerd van den [Mitverf.]

© 1988 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Hofmann-Druck KG Augsburg
Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH,

München

ISBN 3-486-54461-6

Inhalt

Féodalité, Féodal / Gerd van den Heuvel								7	
Parlements /	Michael	Wagner						 	55
Artikelliste								 	107

Féodalité, Féodal

GERD VAN DEN HEUVEL

	Einleitung	2
I.	Die Begrifflichkeit der Feudalität	2
II.	,Fief und ,droits seigneuriaux in der Theorie der Juristen des Ancien Régime (16.–18. Jh.)	4
III.	,Fief' und ,Gouvernement féodal' in der Historiographie des 18. Jahrhunderts	10
IV.	Die Kritik der Aufklärung an der 'barbarie féodale'	13
V.	,Féodalité in der vorrevolutionären Pamphletliteratur (1787–1789)	19
VI.	Die Feudalitätskritik in den cahiers de doléances	22
VII.	"L'Assemblée nationale détruit entièrement le régime féodal" (4. August 1789–17. Juli 1793)	25
III.	,Féodalité' als überwundene Epoche und Synonym zu ,Ancien Régime' (1789–1794)	35
IX.	Ambivalenz von "Féodalité" zwischen juristischem Fachterminus und politischem Kampfbegriff (1795–1820)	39
X.	,Féodalité als Grundbegriff der Geschichtsphilosophie und Gegenstand der Historiographie im frühen 19. Jahrhundert	44

Einleitung

Der Begriff der Feudalität steht bis heute im Zentrum der geschichtswissenschaftlichen Diskussion um Ancien Régime und Revolution, wobei vornehmlich darüber gestritten wird, ob er in adäquater Weise zur Charakterisierung der französischen Wirtschaft und Gesellschaft im 17. und 18. Jh. dienen kann. Seine grundsätzliche Problematik als Terminus der Wissenschaft erhält der Feudalitätsbegriff dadurch, daß er neben der Beschreibung konkreter materieller und rechtlicher Verhältnisse stets auch als negativ akzentuierter politischer Kampfbegriff diente. Letzteres gilt nicht nur für die Revolution, die eine wesentliche Legitimation aus der Überwindung der féodalité bezog und den Begriff für die gesamte Lebenswirklichkeit des Ancien Régime in Anspruch nahm, sondern gleichermaßen für den Absolutismus in seinem Kampf gegen Parlamente und Adelsopposition. Juristische Konzeption, materielle Realität und politisch-soziale Polemik müssen daher zusammen als wissenssoziologische Elemente des Feudalitätsbegriffs Berücksichtigung finden, um seinen Stellenwert im historischen kollektiven Bewußtsein zu bestimmen und seine .historische Vorbelastung' als Terminus der Geschichtswissenschaft aufzuzeigen.

I. Die Begrifflichkeit der Feudalität

Féodalité, im ursprünglichen, juristischen Sprachgebrauch seit dem 16. Jh. der Fachterminus für den Gesamtkomplex lehnsrechtlicher Verhältnisse, bildet den Oberbegriff für ein weites Feld feudalrechtlicher Termini, die erst in ihrer Gesamtheit eine adäquate begriffsgeschichtliche Behandlung der Feudalität erlauben¹). Deshalb sollen hier die wesentlichen Begriffe in einem Grundmuster der Lehnsverfassung und der Grunduntertänigkeit vorangestellt werden.

In der Terminologie der mit dem Feudalrecht befaßten Juristen des 18. Jh. bezeichnete fief (Lehen) ein durch eine juristische Abhängigkeitsbeziehung gekennzeichnetes, ursprünglich dem Adel vorbehaltenes, seit dem 14. Jh. aber auch Bürgerlichen zugängliches Eigentum. Fief bezog sich sowohl auf das Obereigentum (dominium di-

Zur Problematik der semantischen Felder dieser Begriffe s. Robin: Fief et Seigneurie.

rectum) des Lehnsherrn (seigneur), als auch auf das Untereigentum (dominium utile) des Vasallen. Der Vasall hatte dieses Eigentum unter der Bedingung der Leistung von foi et hommage (Treueid und Mannschaft) inne. Der Teil des Lehens, der in der Hand des seigneur verblieb, hieß fief dominant, der abgetrennte Teil fief servant. Konstitutiv für die Lehnsabhängigkeit waren rechtliche Beziehungen zwischen seigneur und Vasall, so z. B. das Recht des Oberherrn zur zeitweisen Lehnseinziehung bei Nichterfüllung der lehnsrechtlichen Verpflichtungen durch den Vasallen (saisie féodale) oder der quint et requint (Besitzwechselabgabe bei Lehnsverkauf).

Der Begriff der seigneurie überschnitt sich mit dem des fief (seigneurie utile, directe) und bezeichnete ein mit Herrschaftsattributen (z. B. Jurisdiktion) versehenes Obereigentum, das sich sowohl auf andere adlige Güter, als auch auf die nichtadligen, zinspflichtigen Güter der tenanciers (Hintersassen) beziehen konnte (seigneurie féodale = ,Lehnsherrschaft'; seigneurie foncière ou censuelle = ,Grundoder Zinsherrschaft'). Ausdruck der Zinsabhängigkeit waren bestimmte vom Hintersassen zu leistende Abgaben: neben dem cens vor allem jährlich zu entrichtende, örtlich unterschiedlich bemessene Naturalabgaben (champart, terrage), Fronden (corvées), Besitzwechselabgaben im Falle des Verkaufs (lods et ventes); darüber hinaus besaß der seigneur das Bannrecht oder Monopol für Mühle und Kelter (banalités). Ehrenvorrechte in der Gemeinde und das exklusive Jagdrecht im gesamten Bereich seiner Grundherrschaft. Hinzu kam noch der Kirchenzehnt (dîme), der de jure zwar nicht zu den grundherrlichen Gefällen zählte, aber dennoch in die Feudalrechtsdiskussion des 18. Jahrhunderts mit einbezogen wurde.

Die Lexeme féodal, féodalité waren im Sprachgebrauch der Juristen des 17./18. Jh.²) relativ selten; die allgemeinsprachigen Lexika

POBIN: Fief et Seigneurie, auf deren Ausführungen die folgende Zusammenfassung basiert, legte 16 Abhandlungen und Wörterbücher des 18. Jahrhunderts, die sich speziell mit dem Feudalrecht befassen, zugrunde: Salvaing: De l'usage des fiefs (1731); Hévin: Questions féodales (1736); Billecoq Traité des fiefs (1749); P. de Livonnière: Traité des fiefs (1756); E. de la Poix de Fréminville: La pratique universelle pour la rénovation des terriers et des droits seigneuriaux (1746-1787); La place: Dictionnaire des fiefs (1759); Jacquet: Traité des fiefs (1764); Cl. J. de Ferrière: Dictionnaire de droit (1771); H. de Pensey: Traité des fiefs (1773); Boutaric: Traité des droits (1775); Pothier: Traité des fiefs (1776); Preudhomme: Traité des droits appartenants aux seigneurs sur leurs biens possédés en roture (1781); Guyot/Merlin: Répertoire universel et raisonné de jurispru-

verwiesen allesamt auf den Terminus fief. "Féodal. Terme de Palais, qui regarde le fief. Qui est le fief (saisie féodale)" (1680); "Féodal: qui appartient au fief" (1690); "Féodalité (Jurisprudence). C'est la qualité de fief, la tenure d'un héritage à titre de fief. Quelquefois le terme de féodalité se prend pour la foi et hommage, laquelle constitue l'essence du fief" (1756); "Féodal, qui concerne le fief. Droit féodal, seigneur féodal . . . Féodalité, est, 1° Qualité de fief. 2° La foi et hommage dûs au Seigneur du fief" (1787)³).

II. ,Fief' und ,droits seigneuriaux' in der Theorie der Juristen des Ancien Régime (16.-18. Jh.)

Bedingt durch die Konsolidierung der zentralstaatlichen Königsmacht, dem damit einhergehenden Aufbau eines stehenden Heeres und dem Ausbau einer der Krone unterstehenden Verwaltung, kurz: der (freilich begrenzten) Durchsetzung der französischen dynastischen Monarchie gegen partikulare Herrschaftsansprüche einzelner adliger Magnaten - traten zunehmend die im Lehnsrecht verankerten personalen vasallitischen Bindungen hinter den dinglichen Charakter der Lehnsverpflichtungen zurück. Es mußte im Interesse der Krone liegen, den aus dem Lehnsrecht ableitbaren Ansprüchen partikularer Herrschaftsausübung (z.B. die jurisdiktionelle Gewalt über Teile der Untertanen) die Legitimität zu entziehen, wollte sie nicht Gefahr laufen, schließlich doch den immer wieder unternommenen Versuchen zur Durchbrechung ihres Machtmonopols zu unterliegen. Wesentlich hierfür war, daß die Krone die Egalisierung des Untertanenverbandes insoweit durchsetzen mußte, daß bestehende Privilegien, z.B. grundherrliche und feudale Rechte, zwar nicht aufgehoben wurden, ihre Ausübung durch den Adel das Herrschaftsmonopol aber nicht in Frage stellte.

Die juristischen Grundlagen hierfür schuf der Staatsanwalt und Legist Charles Dumoulin (1500-1566) mit seinem maßgebenden, noch 1773 und 1793 neu aufgelegten *Traité des fiefs*, in dem er die

dence civile et criminelle canonique et bénéficiale (1784); Hervé: Théorie des matières féodales (1785–1788); Renauldon: Dictionnaire des fiefs (1765/1788); Ranault: Mémorial alphabétique des droits (1790).

³) Vgl. nacheinander Richelet (1680), I 328; Furetière (1690); Enc., VI, (1756), S. 493; Féraud, II (1787), 232. – S.a. Dict. Acad. (41762, ed. 1777), I 478; Enc. méthod.: Jurisprudence, (1786) IV, S. 488f.

Vergabe des Lehens durch den König als dingliche Übertragung gegen Leistung von Diensten definierte und damit die dem römischen Recht entspringende vertragliche Bindung über die Rechtsnormen der lokalen Gewohnheitsrechte (coutumes) stellte. Die Übertragung des Lehens, so Dumoulin, beinhaltet bestimmte Rechte über Grund und Boden, nicht jedoch über die Personen, die ihn bewirtschaften⁴).

Dumoulin schuf damit die theoretischen Voraussetzungen, auf denen aufbauend die Juristen der folgenden Generationen versuchten, die coutumes unter weitgehender Anlehnung an das römische Recht neu zu kodifizieren. Wenn dies auch nicht vollständig gelang, ja selbst im südlichen Teil Frankreichs, wo das römische Recht in fast ungebrochener Tradition fortbestanden hatte, örtliche Gewohnheitsrechte noch in Kraft blieben, so ist doch mittelbar die Rezeption des römischen Rechts in neu überarbeiteten coutumes, denen - wie z. B. der coutume von Paris (1580) - Modellcharakter zukam, unverkennbar. Auch der dingliche Charakter der bäuerlichen Grunduntertänigkeit – sieht man von Resten der Leibeigenschaft (mainmorte) in der Bourgogne, im Jura und in der Franche-Comté ab - erhielt sowohl im Gebiet des geschriebenen Rechts, wo der Grundsatz nul seigneur sans titre galt, als auch in der Region des nordfranzösischen Gewohnheitsrechts (nulle terre sans seigneur) allgemeine Gültigkeit. Zwar blieben einige Herrschaftsrechte, wie die im 17. und 18. Jh. heftig angegriffene grundherrliche Gerichtsbarkeit⁵), dem Adel erhalten, das wesentliche Anliegen der Krone aber, der direkte Zugriff auf den steuerzahlenden Untertanen, wurde im 16./17. Jh. im größten Teil des Königreichs endgültig durchgesetzt.

Diese gesellschaftliche Erfahrung kam zum Ausdruck in neuen Definitionen von fief, féodalité und seigneurie seit dem frühen 17.

⁴⁾ MACKRELL, S. 53f.

⁵⁾ Die Kritik an der grundherrlichen Gerichtsbarkeit rekurrierte im 18. Jh. stark auf Charles Loyseau: Discours de l'Abus des Justices de Village. Paris 1603, der seine Kritik folgendermaßen zusammenfaßte: "Concluons donc de tout ce discours, que les iustices de village ont esté, ou mal côcedées, ou usurpées: que leur tolerance est plaine d'absurdité, et contre toute raison: que leur exercice est plain d'abus et malversations et partant qu'il est très-expedient, très-iuste et très facile de les reünir en un seul degré de iurisdiction [...]". (S. 71). – Zur Kritik an der grundherrlichen Gerichtsbarkeit s.a. Barbier, III 83 (Juni 1749); zusf. Mackrell, S. 55f und Ders.: Criticism of Seigneurial Justice in Eighteenth Century France, in J. F. Bosher (ed.): French Gouvernment and Society 1500–1800. Essays in Memory of A. Cobban. London 1973, S. 123-44.

Jh., die in immer stärkerem Maße den von Souveränitätsansprüchen losgelösten Eigentumscharakter der adligen Güter hervorhoben.

Die vereinzelt von Juristen vorgetragene Kritik an Usurpationen königlicher Lehnsträger wurde erstmals von dem Advokaten Charles Loyseau (1565-1627) in mehreren Abhandlungen systematisch zusammengefaßt. Loyseau unterschied zwei Formen der Oberherrschaft: Die allein dem Staat als Ausdruck seiner Souveränität in Form der Besteuerung, Soldatenaushebung und Rechtsprechung über Untertanen zustehende seigneurie publique und eine sich nur auf die Oberherrschaft über Sachen erstreckende seigneurie privée der Grundherren⁶). Die faktisch bestehende, von ihm aber für unrechtmäßig erklärte Durchbrechung dieses Prinzips durch den Fortbestand partikularer Herrschaftsrechte in Form der justice seigneuriale nannte er suzeraineté, "mot qui est aussi étrange, comme cette espèce de Seigneurie est absurde".7) Trotz dieser Usurpationen und Bindungen des Königs an seine Vasallen durch die Lehnsverfassung ("feudalité") – so Loyseau – sei die Souveränität des Staates aber gewahrt:

Il est bien vrai que la protection, le tribut et la feudalité rabaissent et diminuent le lustre de l'Etat souverain, qui sans doute n'est pas si pur, si souverain, et si maiestatif (s'il faut ainsi dire) quand il est subiect à ces charges: mais le Prince qui les possede ne laisse pourtant d'être souverain en effet, puisque pour sa persoñe il n'est iusticiable d'aucun, et que la puissance absolue luy demeure sur ses subiects.8)

Die Schriften Loyseaus wurden im 17. und 18. Jh. mehrfach neu aufgelegt und von nahezu allen mit dem Feudalrecht befaßten Juristen rezipiert, so daß seine Ausführungen zum Grundwissensbestand in der weiteren Feudalrechtsdiskussion zählten. In Anknüpfung an Loyseau unterschied die Encyclopédie erstens zwischen den seigneuries publiques mit Souveränitätsrechten und verwies bezeichnenderweise zur Definition dieser Art von Oberherrschaft auf die Begriffe Etat, Monarchie, Roi, Royaume, Souverain. Jede Art von Souveränitätsansprüchen war damit allein dem an der obersten Spitze der Lehnspyramide stehenden Monarchen zuerkannt. Zweitens führte sie die seigneuries publiques an, "qui sont seulement suzeraines ou subalternes, sont des seigneuries non souveraines, ayant

⁶⁾ Ch. Loyseau: Traité des Seigneuries, Paris 1608, S. 6f.

⁷⁾ Ebd. S. 19.

⁸⁾ Ebd. S. 34.